

## N i e d e r s c h r i f t

### der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 07.04.2011

---

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 21:10Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:30 Uhr bis 21:12 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 21:12 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 21:12 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:12 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 21:12 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 20:45 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:30 Uhr bis 21:12 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 21:12 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 21:12 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 21:12 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 21:12 Uhr

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung wurden folgende Unterlagen verteilt:

- Neue Tagesordnung inklusive der bis dahin vorliegenden Änderungsanträge
- neue Beratungsfolge für die Vorlage sowie die Veränderungsliste von Ansätzen zum aktuellen Stand
- Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Anlagen 2011 (V/2010/09413)  
Vorlagen-Nummer: V/2011/09704  
(Unterhaltung der Grünanlagen)

- Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Vorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Teilnehmungsbericht über das Jahr 2009“ (V/2010/09413)  
hier: Ausgaben „Unterhaltung öffentlicher Anlagen“  
(V/2011/09705)
- Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Vorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Teilnehmungsbericht über das Jahr 2009“ (V/2010/09413)  
hier: Maßnahme „Verkehrssicherungspflicht Baumschnitt öffentliche Anlagen“  
(V/2011/09706)
- Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Vorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Teilnehmungsbericht über das Jahr 2009“ (V/2010/09413)  
hier: „Mietkosten WC-Container, Tribünen und Kassen im Sportkomplex Neustadt“  
(ohne Vorlagennummer)
- Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Anlage 2011 (V/2010/09413)  
(Hallesche Museen - Ausstattung, Einrichtung;  
Kooperative Gesamtschule Humboldt - Lehr-, Lern- und Unterrichtsmittel;  
Brandschutz Christian-Wolff-Haus;  
Finanzplanung: Hallesche Museen- Ausstattung, Einrichtung)
- Niederschrift der Sitzung des Finanzausschusses am 24.3.2011 - öffentlicher Teil
- Niederschrift der Sitzung des Finanzausschusses am 31.03.2011 - öffentlicher und nicht öffentlicher Teil
- Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Knöchel im Finanzausschuss am 29.03.2011 betreffend die Aufgliederung des Ansatzes der Haushaltsstelle - Zuweisung an Zweckverbände
- Beantwortung der Anfrage, in welcher Höhe für welche Vereine im Reformhaus Mietzuschüsse im Haushalt eingestellt sind

## **zu 2      Feststellung der Tagesordnung**

---

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

### **Beschluss:**

Folgende, um Änderungsanträge ergänzte Tagesordnung wird festgestellt:

3.            Beschlussvorlagen
- 3.1.        Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Teilnehmungsbericht über das Jahr 2009  
Teilnehmungsbericht / Abschlussberatung  
Vorlage: V/2010/09413
- 3.1.1      Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Anlagen 2011 (V/2010/09413)  
(Hallesche Museen - Ausstattung, Einrichtung; Kooperative Gesamtschule "Wilhelm von Humboldt - Lehr- und Unterrichtsmittel; Brandschutz Christian-Wolff-Haus; in Finanzplanung Hallesche Museen - Ausstattung, Einrichtung)  
Vorlage: V/2011/09716

- 3.1.2 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion und der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Anlagen 2011 (V/2010/09413) (Erhaltung Baumbestand)  
Vorlage: V/2011/09682
- 3.1.2.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009" (Vorlagen-Nummer: V/2010/09413) - hier: Maßnahme "Verkehrssicherungspflicht Baumschnitt öffentliche Anlagen"  
Vorlage: V/2011/09706
- 3.1.3. Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Anlagen 2011 (V/2010/09413) (Sozialgebäude Südfriedhof)  
Vorlage: V/2011/09684
- 3.1.4. Änderungsantrag des Stadtrates Frank Sänger (CDU) zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 (Vorlage-Nr.: V/2010/09413) (Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze - Absicherung der 25%igen Eigenbeteiligung der Stadt bei Landeszuweisungen für Straßenunterhaltung)  
Vorlage: V/2011/09538
- 3.1.5. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009"(Vorlage V/2010/09413) - hier Haushaltsstelle: 1.8430.715000 (Zuschusserhöhung EB ZGM)  
Vorlage: V/2011/09550
- 3.1.6. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009" (Vorlagen-Nummer: V/2010/09413) - hier: Ausgaben "Unterhaltung öffentliche Anlagen"  
Vorlage: V/2011/09712
- 3.1.6.1. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Anlagen 2011 (V/2010/09413) (Unterhaltung der Grünanlagen)  
Vorlage: V/2011/09704
- 3.1.6.2. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009" (Vorlagen-Nummer: V/2010/09413) - hier: Ausgaben "Unterhaltung öffentliche Anlagen"  
Vorlage: V/2011/09705
- 3.1.7. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Anlagen 2011 ( V/2010/09413) (Freiwillige Feuerwehren - Erhöhung Personalausgaben)  
Vorlage: V/2011/09598

- 3.1.8. Änderungsantrag der Stadträte Johannes Krause und Werner Misch zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Anlagen 2011 (V/2010/09413) (Katastrophenschutz)  
Vorlage: V/2011/09691
- 3.1.9. Änderungsantrag der Stadträtin Frau Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009 (V/2010/09413)  
(Einnahmeansätze Benutzungsgebühren Sportanlagen)  
Vorlage: V/2011/09628
- 3.1.10. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009" (Vorlagen-Nummer: V/2010/09413) - hier: "Mietkosten WC-Container, Tribünen und Kassen im Sportkomplex Neustadt"  
Vorlage: V/2011/09710
- 3.1.11. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009, Vorlage: V/2010/09413  
(zu Ausgaben der "Zuschuss an übrige Bereiche" Suchtberatungsstellen)  
Vorlage: V/2011/09642
- 3.1.12. Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009, Vorlage: V/2010/09413  
(Förderung der Wohlfahrtspflege - Zuschüsse an Vereine, Verbände, SHG und Büro für Gleichstellungsfragen - Zuschüsse an übrige Bereiche)  
Vorlage: V/2011/09643
- 3.1.13. Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009  
Vorlage: V/2010/09413 (in Bezug auf die Prioritäten von Einrichtungen und Diensten in der Jugendhilfe der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2011  
Vorlage: V/2011/09454
- 3.1.14. Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009, Vorlage: V/2010/09413  
(Brandschutz Schulen)  
Vorlage: V/2011/09681
- 3.1.14.1. Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Weihrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009, Vorlage: V/2010/09413 (Vorlagen-Nr.: V/2011/09681)  
Vorlage: V/2011/09714
- 3.1.14.2. Änderungsantrag von Herrn Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion, zum Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009, Vorlage: V/2010/09413 (Vorlagen-Nr.: V/2011/09681)  
Vorlage: V/2011/09713

- 3.1.15. Änderungsantrag der Stadträtin Frau Sabine Wolff (NEUES FORUM) und Frau Helga Schubert (Freier Träger der Jugendhilfe) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie participationsbericht über das Jahr 2009 (V/2010/09413)  
(Flucht- und Rettungswege der Kindertageseinrichtungen)  
Vorlage: V/2011/09589
- 3.1.16. Änderungsantrag des Stadtrates Lothar Dieringer (CDU) zur Beschlussvorlage - Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 - Vorlage-Nr.: V/2010/09413  
(Wirtschaftsförderung - Absicherung eines gleichbleibenden Sachmittelbudgets über einen Zeitraum von 3 Jahren)  
Vorlage: V/2011/09570
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten
5. schriftliche Anfragen von Stadträten
6. Mitteilungen
7. mündliche Anfragen
8. Anregungen

### **zu 3      Beschlussvorlagen**

---

#### **zu 3.1    Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie participationsbericht über das Jahr 2009 participationsbericht Abschlussberatung Vorlage: V/2010/09413**

---

#### Beteiligungsbericht

Herr Lork stellte den 481seitigen Bericht zusammenfassend vor. Die Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Halle (Saale) und ihren participations sei der wesentliche Inhalt. Die Bürgschaften verringerten sich im Berichtszeitraum um 14 Mio. € durch planmäßige Tilgung. Die Höhe der Investitionszuschüsse sei rückläufig. Besonders hob er die Entwicklung der HAVAG hervor. Der erzielte Konsolidierungseffekt habe positive Auswirkungen auf die Finanzbeziehung mit der Stadt. Diese zahle nicht mehr an HAVAG. Der notwendige Zuschuss werde durch den Stadtwerkekonzern getragen. Die Höhe der gezahlten Konzessionsabgaben sei stabil. Für den Fernwärmebereich soll ein neuer Vertrag abgeschlossen werden.

Der participationsbericht wurde nach den Grundsätzen der Gemeindeordnung erstellt. Herr Lork avisierte einen zusätzlichen neuen Bericht.

Auf Nachfrage von Herrn Wolter bezüglich des aktualisierten Abbaukonzeptes führte Herr Geier aus, dass die noch heute anstehenden Beschlüsse Auswirkungen auf die Höhe des Gesamtdefizits haben könnten. Außerdem sei der Widerspruch durch das Landesverwaltungsamt zur Verwendung der VNG-Erlöse noch nicht beschieden.

Herr Wolter stellte folgenden Antrag:

Die heutige Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften wird bis zur Vorlage des Planes zum Abbau des Altdefizits vertagt.

Begründung: Die Grundlage des Empfehlungsbeschlusses an den Stadtrat zum Haushalt ist auch die Altschuldensituation. Im letzten Jahr wurde für die Stadträte überraschend ein Paradigmenwechsel vorgenommen. Eine fundierte Abschlussberatung sei ohne das Abbaukonzept nicht möglich.

Herr Geier informierte, dass der Paradigmenwechsel fortgesetzt wurde. Das Konzept zum Abbau des Altdefizits sei den Stadträten aus der Nachtragshaushaltssatzung 2010 bekannt. Es habe zum Stand der Einbringung des Haushaltes 2011 im Januar 2011 keine wesentlichen Änderungen erfahren. Der letztendliche, im Rahmen des Haushaltes 2011 auszuweisende Fehlbedarf, sei vom Restverlauf der Etatberatungen und der Beschlussfassung des Rates abhängig.

Herr Dr. Meerheim erinnerte daran, dass der Stadtrat beschlossen habe, die Stadt zu beauftragen, in Widerspruch zu gehen. So müsse die Verwaltung das Abbaukonzept auch vorlegen.

Im Ergebnis der Diskussion wurde folgender Kompromiss gefunden:

- heute nur zu beraten, was auf der Tagesordnung steht und
- Beratung des Abbaukonzeptes inklusive Abschlussbeschluss in der ordentlichen Sitzung am 19.4.

Es erfolgte keine Abstimmung des Antrages. Herr Wolter und die anderen Mitglieder des Ausschusses erklärten sich damit einverstanden und bestätigten die Aufnahme des neuen Tagesordnungspunktes in die Tagesordnung der Sitzung am 19.04.2011 ohne Beachtung der Form- und Fristvorschriften.

Die Verwaltung übergab die Modellrechnung zum Abbau des Altdefizits mit Stand der Einbringung zum Haushalt 2011.

**Dezernat Oberbürgermeisterin**

Bezüglich des Dezernates der Oberbürgermeisterin wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

**Dezernat I inklusive der allg. Finanzwirtschaft**

Frau Müller wies auf die aktuellen Veränderungen der Haushaltssatzung auf der Grundlage der Haushaltsberatung im Finanzausschuss hin. Die Änderungen sind in der Farbe rot markiert. Die Änderungen zum Dezernat I befinden sich auf den Seiten 9 und 47.

Herr Geier erläuterte die Veränderungen.

Herr Wolter fragte nach dem Verzinsungsanspruch der Stadt gegenüber den Stadtwerken für die Anlage der VNG-Gelder und bezog sich dabei auf den in der Beschlussvorlage (V/2010/09394) genannten Anlagenzins des Cashpools der Stadtwerke Halle.

Herr Geier sagte eine Beantwortung in der Sitzung am 19.4.2011 zu.

## Dezernat II

### **zu 3.1.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Anlagen 2011 (V/2010/09413) (Hallesche Museen - Ausstattung, Einrichtung; Kooperative Gesamtschule "Wilhelm von Humboldt - Lehr- und Unterrichtsmittel; Brandschutz Christian-Wolff-Haus; in Finanzplanung Hallesche Museen - Ausstattung, Einrichtung) Vorlage: V/2011/09716**

---

Herr Kogge führte aus, dass die Verwaltung (Dezernat IV) einen Vorschlag für die Deckung des Antrages unterbreitet habe, der allerdings zu Lasten des EB ZGM gehe.

Herr Geier betonte, dass aufgrund der Kürze der Zeit der Vorschlag nicht umfassend geprüft werden konnte. Auch das Jahr 2012 bezüglich der Museumsfinanzierung müsse abgesichert werden.

Zum Ansinnen, das Jugendblasorchester (Kooperative Gesamtschule „Wilhelm von Humboldt“) bezüglich der Instrumente zu unterstützen, führte Herr Geier aus, dass es sich um einen klassischen Fall der freiwilligen Leistung handele. Er unterbreitete den Vorschlag, diesbezüglich auf Firmen zuzugehen. Wenn die Stadt diese Bitte unterstützt, sollte sich für 20 T€ eine Lösung finden lassen.

Herr Krause zog unter der Voraussetzung, dass die Punkte 1 - 3, ggf. auch mit einer anderen Deckung, umgesetzt werden, diese zurück.

Herr Geier bestätigte dies.

Auf Nachfrage, welche Folgen die angebotene Deckung - Investitionszuschuss an EB ZGM für Einrichtung Am Kinderdorf 2 - habe, erläuterte Herr Neumann, dass dann nicht in das Gebäude investiert und dieses nicht vermietet werden könne.

### **Abstimmungsergebnis zu Punkt 4:**

8 Ja-Stimmen

2 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

mehrheitlich zugestimmt

### **Geänderter Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

- ~~1. Die Haushaltsstelle 2.3212.935200 Hallesche Museen – Ausstattung, Einrichtung wird um 20.000 € auf 29.000 € erhöht. Zur Deckung wird die Haushaltsstelle 2.8430.985100 ZGM – 011 Am Kinderdorf 2 – Inv.-Zus. An ZGM – Bauleist. um 20.000 € auf 140.000 € gesenkt.~~
- ~~2. Die Haushaltsstelle 2.2811.935400 Kooperative Gesamtschule "Wilhelm v. 2811 Humboldt" PPP-Projekt – Lehr-, Lern- und Unterrichtsmittel wird um 20.000 € auf 20.000 € erhöht. Zur Deckung wird die Haushaltsstelle 2.8430.985100 ZGM – 011 Am Kinderdorf 2 – Inv.-Zus. An ZGM – Bauleist. um weitere 20.000 € auf 120.000 € gesenkt.~~
- ~~3. Im Unterabschnitt 2.3212 wird die Haushaltsstelle 985100 Inv.-zus. ZGM – Brandschutz Christian-Wolff-Haus in einer Höhe von 120.000 € eingerichtet. Zur Deckung wird die~~

~~Haushaltsstelle 2.8430.985100 ZGM – 011 Am Kinderdorf 2 – Inv.-Zus. an ZGM – Bauleist. um 120.000 € auf 0 € gesenkt.~~

4. In der Finanzplanung wird die Position 3212.935200 Hallesche Museen – Ausstattung, Einrichtung um 160.000 € erhöht. Zur Deckung wird die Position 8430.985100 - ZGM – 011 Am Kinderdorf 2 – Inv.-Zus. an ZGM – Bauleist. um 160.000 € auf 0 € gesenkt.

**zu 3.1.2 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion und der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Anlagen 2011 (V/2010/09413)  
(Erhaltung Baumbestand)  
Vorlage: V/2011/09682**

---

Es wurde darauf hingewiesen, dass der Antrag zu TOP 3.1.2.1 sich im Beschlusspunkt 1 mit diesem Antrag gleicht. Die Abstimmung erfolgte zusammen mit dem Antrag der Grünen. Herr Wehrich führte aus, dass sich die Fraktion dem Deckungsvorschlag anschließen.

Herr Geier führte aus, dass die angebotene Deckung durch die Verwaltung als Einsparung verarbeitet wurde. Die Stadträte erhöhen mit den Änderungsanträgen das haushalterische Defizit der Stadt. Dies sei rechtswidrig. Diese Aussage gelte auch für alle gleichgelagerten Änderungsanträge der heutigen Sitzung.

**Abstimmungsergebnis:**

8 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Haushaltsstelle 1.5810.518000 Öffentliche Anlagen – Erhaltung des Baumbestandes wird gegenüber dem geänderten Planentwurf um 80.000 € auf 250.000 € erhöht.
2. Die Haushaltsstelle 1.7500.518000 Friedhöfe – Erhaltung des Baumbestandes wird gegenüber dem geänderten Planentwurf um 20.000 € auf 120.000 € erhöht
3. Zur Deckung der beiden Erhöhungen werden die Haushaltsstelle 1.8800.531.400 Wohn- und Geschäftsanwesen – Mietauskehr um 60.000 und die Haushaltsstelle 1.8810.531400 Unbebaute Grundstücke – Mietauskehr um 40.000 € gemindert.

**zu 3.1.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie participationsbericht über das Jahr 2009" (Vorlagen-Nummer: V/2010/09413) - hier: Maßnahme "Verkehrssicherungspflicht Baumschnitt öffentliche Anlagen"  
Vorlage: V/2011/09706**

---

Die Diskussion wurde gemeinsam mit dem TOP 3.1.2 geführt, da sich der Inhalt mit dem des CDU / SPD-Antrages V/2011/09682 gleicht.



**Abstimmungsergebnis:**

8 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Im Einzelplan 1, Unterabschnitt 5810, Öffentliche Anlagen, wird die Haushaltsstelle 1.5810.518000 Erhaltung des Baumbestandes um 80.000 € auf 250.000 € erhöht.

Herr Bönisch stellte folgenden mündlichen Antrag:

In den Vermögenshaushalt werden in den Unterabschnitt 6300 für Dünnschichtbeläge 1,2 Mio. € eingeplant. Als Deckung werden die Mehreinnahmen der Gewerbesteuer, die Minderausgaben für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen und die neu geplanten Mehreinnahmen für Verwaltungsgebühren im Bereich der Bauordnung angeboten.

Begründung: Für die Aufbringung von Dünnschichtbelägen seien im vorliegenden Haushaltsplan keine Mittel eingeplant. Dies sei unverantwortlich. Zum Teil sei eine Reparatur bei sehr schadhaften Straßen unwirtschaftlich.

Durch ein Mitglied des Ausschusses wurde besonders herausgestellt, dass es nicht zielführend sei, dass die Deckung, die die Verwaltung zum Erreichen des Zieldefizits angeboten hat, für neue Änderungsanträge verwendet werde. Außerdem sei eine Vermischung zwischen (VWH) Verwaltungs- und Vermögenshaushalt (VMH) nicht möglich.

Herr Dr. Meerheim wies darauf hin, dass lt. geltender Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse Änderungsanträge bis zur Beschlussfassung durch Stadträte gestellt werden dürfen.

Herr Geier informierte, dass sich die Einnahmen im VMH zum überwiegenden Teil aus den Vermögensveräußerungen, der Investitionspauschale nach FAG und Fördermitteln speisen. Eine Zuführung aus dem VWH in den VMH sei erst dann möglich, wenn der VWH Überschüsse erzielt. Da dies nicht der Fall ist, sei eine Finanzierung von Dünnschichtbelägen aus dem VWH haushaltsrechtlich nicht möglich. Auf Nachfrage fügte er an, dass im Sinn des Haushaltsvollzuges die Verwaltung die Verabschiedung des Haushaltes 2011 mit einer kleinen Abweichung von der Zielmarke von 20 Mio. € anstrebe. Bei Vorliegen des Beschlusses werde dieser umgehend dem Landesverwaltungsamt (LVA) zur Genehmigung vorgelegt. Das Ergebnis der Prüfung sei offen, jedoch können Nacharbeiten und eine erneute Wiedervorlage beim LVA nicht ausgeschlossen werden. Aufgrund des zeitlichen Aspektes sei die Umsetzung des Antrages zu dem Preis eines genehmigungsfähigen Haushaltes unverhältnismäßig. Die Stadt erhalte aus dem Schlaglochprogramm des Landes 1,1 Mio. €. Außerdem müsse der städtische Verkehrsfluss beachtet werden.

Die Mitglieder tauschten ihre Ansichten zur Notwendigkeit des Antrages aus.

Herr Geier wurde gebeten, beim LVA nachzufragen, wie die Chancen für die Genehmigung einer Kreditaufnahme für Dünnschichtbeläge eingeschätzt werden.

Herr Dr. Pohlack führte aus, dass er keinen anderen Deckungsvorschlag, ggf. durch Verschiebung von Baumaßnahmen (z. B. HES), anbieten könne.

Im Ergebnis der Diskussion zog Herr Bönisch seinen Antrag zurück, um ihn im Rat, angereichert mit einer anderen Deckung und einem technisch möglichen Vorschlag, ggf. erneut zu stellen.

**zu 3.1.3 Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Anlagen 2011 (V/2010/09413) (Sozialgebäude Südfriedhof)  
Vorlage: V/2011/09684**

---

Herr Geier führte aus, dass der Antrag keinen Deckungsvorschlag ausweise.

Der Antragsteller begründete seinen Antrag insbesondere mit den seit Jahren unzumutbaren Zuständen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und die vorliegende Fürsorgepflicht der Stadt als Arbeitgeber.

Herr Dr. Pohlack äußerte, dass er kein Förderprogramm kenne, aus dem die Sanierung dieses Gebäudes cofinanziert werden könne.

Im Ergebnis der Diskussion wurde die Verwaltung gebeten, bis zur Abschlussberatung am 19.04.2011 für das Jahr 2011 eine Deckung für die Summe in Höhe von 31,4 T€ und für das Jahr 2012 in Höhe von 290 T€ vorzuschlagen.

**Abstimmungsergebnis:**

7 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
2 Enthaltungen  
mehrheitlich zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

1. In die Haushaltsstelle 2.7500.985100-019 werden 290.000€ für Bauleistungen für das Sozialgebäude Südfriedhof eingestellt.
2. In die Haushaltsstelle 2.7500.985200-019 werden 31.400€ für Planungsleistungen für das Sozialgebäude Südfriedhof eingestellt.

**zu 3.1.4 Änderungsantrag des Stadtrates Frank Sänger (CDU) zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 (Vorlage-Nr.: V/2010/09413) (Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze - Absicherung der 25%igen Eigenbeteiligung der Stadt bei Landeszuweisungen für Straßenunterhaltung)  
Vorlage: V/2011/09538**

---

Der Antrag wurde durch die Verwaltung bereits in die Veränderungsliste des Dezernates II eingearbeitet.

Herr Bönisch zog daraufhin den Antrag zurück.

**Ergebnis:**

zurückgezogen

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die HH-Stelle 511000 – Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze – betreffend, die Absicherung einer 25%igen Eigenbeteiligung der Stadt bei Landeszuweisungen für die Straßenunterhaltung.

**zu 3.1.5 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009"(Vorlage V/2010/09413) - hier Haushaltsstelle: 1.8430.715000 (Zuschusserhöhung EB ZGM)  
Vorlage: V/2011/09550**

---

Herr Wehrich nannte als Deckungsvorschlag für diesen Antrag einen Teil für die geplante Mehreinnahme der Gewerbesteuer. Die fachliche Entscheidung, für welche Baumaßnahme das Geld eingesetzt werden soll, sollte durch den EB ZGM nach Priorität getroffen werden, ggf. nicht nur für Brandschutz.

Herr Geier wies darauf hin, dass zuerst der momentane Bestand angesehen und entschieden werden müsse, welche Gebäude zukunftsfähig seien.

**Abstimmungsergebnis:**

1 Ja-Stimme  
10 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Der Zuschuss an den Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement in der HHSt. 1.8430.715000 wird um 2.500.000,00 € auf 2.500.000,00 € erhöht.

**zu 3.1.6 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage "Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009" (Vorlagen-Nummer: V/2010/09413) - hier: Ausgaben "Unterhaltung öffentliche Anlagen"  
Vorlage: V/2011/09712**

---

Die Beratung erfolgte zusammen mit den Tagesordnungspunkten 3.1.6.1 und 3.2.6.2. Aus diesen beiden Anträgen wurde in der Sitzung der vorliegende gemeinsame Antrag entwickelt und beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

3 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
6 Enthaltungen  
mehrheitlich angenommen

**Beschlussvorschlag:**

- 1) Im Einzelplan 1, Unterabschnitt 5810, Öffentliche Anlagen, wird die Haushaltsstelle 1.5810.516000 Unterhaltung der Grünanlagen um 173.000 € auf 748.000 € erhöht.
- 2) Zur Deckung wird die Haushaltsstelle 1.4220.790.000 Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (§ 4 AsylbLG) – Leistungen nach dem AsylbLG um 100.000 € auf 650.000 € und die Haushaltsstelle 1.4148.730000 Bestattungskosten um 73.000 € auf 571.000 € gemindert.

**zu**            **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage**  
**3.1.6.1**    **Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Anlagen 2011 (V/2010/09413)**  
                 **(Unterhaltung der Grünanlagen)**  
                 **Vorlage: V/2011/09704**

---

Diskussion siehe TOP 3.1.6.

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Haushaltsstelle 2.5810.516000. Öffentliche Anlagen – Unterhaltung der Grünanlagen wird um 120.000 € auf 770.000 € erhöht.
2. Die Haushaltsstelle 1.7500.518000 Friedhöfe – Erhaltung des Baumbestandes wird gegenüber dem geänderten Planentwurf um 20.000 € auf 120.000 € erhöht
3. Zur Deckung der beiden Erhöhungen werden die Haushaltsstelle 1.4220.790.000 Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (§ 4 AsylbLG) - Leistungen nach dem AsylbLG um 100.000 € auf 650.000 € und die Haushaltsstelle 1.4148.730000 Bestattungskosten um 20.000 € auf 624.000 € gemindert.

**Ergebnis:**

erledigt durch gemeinsamen Änderungsantrag Nr. V/2011/09712

**zu**            **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage**  
**3.1.6.2**    **"Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011**  
**sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009" (Vorlagen-Nummer:**  
**V/2010/09413) - hier: Ausgaben "Unterhaltung öffentliche Anlagen"**  
**Vorlage: V/2011/09705**

---

Diskussion siehe TOP 3.1.6.

**Beschlussvorschlag:**

Im Einzelplan 1, Unterabschnitt 5810, Öffentliche Anlagen, wird die Haushaltsstelle 1.5810.516000 Unterhaltung der Grünanlagen um 173.000 € auf 748.000 € erhöht.

**Ergebnis:**

erledigt durch gemeinsamen Änderungsantrag Nr. V/2011/09712

**Dezernat III**

**zu 3.1.7 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage  
Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Anlagen 2011 ( V/2010/09413)  
(Freiwillige Feuerwehren - Erhöhung Personalausgaben)  
Vorlage: V/2011/09598**

---

Herr Krause begründete den Antrag und wies auf seinen separaten Antrag zur Änderung der betreffenden Satzung im Stadtrat hin. Der vorliegende Änderungsantrag ziehe eine verhältnismäßig niedrige finanzielle Wirkung nach sich, habe jedoch eine große Wirkung. Der finanzielle Rahmen sei durch die Landesrichtlinie gedeckt.

Herr Dr. Wiegand führte aus, dass die angegebenen Zahlen aufgrund der Gleichbehandlung der Zugführerfachkräfte ergänzt werden müssten. Die Haushaltsstelle Personalausgaben müsste um 10.500 € erhöht werden.

Herr Krause änderte seinen Antrag bezüglich der finanziellen Auswirkungen:

Erhöhung um 10.500 € auf 72.700 €.

Da die geänderte Satzung noch nicht im Stadtrat beschlossen wurde, habe der Änderungsantrag noch keine rechtliche Grundlage. Der Haushaltsansatz unterliege bis zur entsprechenden Beschlussfassung einer Haushaltssperre.

Herr Krause stimmte diesem Vorbehalt zu.

**Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Geänderter Beschlussvorschlag:**

Im Einzelplan 1, Unterabschnitt 1310, Freiwillige Feuerwehren, wird die Haushaltsstelle 1.1310 400000 Personalausgaben um ~~3.900~~ 10.500 € auf ~~66.100~~ 72.700 € erhöht.

**zu 3.1.8 Änderungsantrag der Stadträte Johannes Krause und Werner Misch zur Beschlussvorlage Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Anlagen 2011 (V/2010/09413) (Katastrophenschutz) Vorlage: V/2011/09691**

---

Herr Dr. Wiegand wies darauf hin, dass mit aktuellem Stand bereits 53.801 € für Sozialleistungen verausgabt wurden. Die finanziellen Mittel der angegebenen Deckung könnten knapp werden.

**Abstimmungsergebnis:**

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat möge beschließen

1. Die Haushaltsstelle 1.1400.678000 Katastrophenschutz – Erstattungen an übrige Bereiche wird um 4.500 € auf 13.500 € erhöht.
2. Zur Deckung wird die Haushaltsstelle 1.1100.685200 Öffentliche Ordnung – Sozialleistungen ohne Bestattungspflichtige um 4.500 € auf 132.500 € gemindert.

**zu 3.1.9 Änderungsantrag der Stadträtin Frau Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie participationsbericht über das Jahr 2009 (V/2010/09413) (Einnahmeansätze Benutzungsgebühren Sportanlagen) Vorlage: V/2011/09628**

---

Es wurde ausgeführt, dass der Änderungsantrag im Sportausschuss mehrheitlich abgelehnt wurde.

Herr Dr. Wiegand führte aus, dass die Veränderung zum Vorjahr aufgrund der Haushaltskonsolidierung (ältere Haushaltskonsolidierungsmaßnahme) nach Abstimmung mit dem Stadtsportbund vorgenommen worden sei. Auf freiwilliger Basis sollte ein freiwilliger Beitrag gezahlt werden. In den Absprachen ging es um einen geringeren Betrag als aktuell diskutiert. Bei dem kleineren Betrag wurde Einvernehmen erzielt.

**Abstimmungsergebnis:**

2 Ja-Stimmen  
4 Nein-Stimmen  
5 Enthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt, die Einnahmeansätze in den Haushaltsstellen

- 1.5602.110000 – Benutzungsgebühren Sportzentrum Robert-Koch-Straße,
- 1.5603.110000 – Benutzungsgebühren Sportkomplex Brandberge,
- 1.5604.110000 – Benutzungsgebühren Sportkomplex Sporthalle Burgstraße,
- 1.5605.110000 – Benutzungsgebühren Sportkomplex Neustadt,
- 1.5606.110000 – Benutzungsgebühren Sporthalle Brandberge,
- 1.5620.110000 – Benutzungsgebühren Sportanlagen

auf den IST-Stand der vorläufigen Haushaltsrechnung 2010 (Stand 7. März 2011) einzustellen.

zu **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage**  
3.1.10 **"Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009" (Vorlagen-Nummer: V/2010/09413) - hier: "Mietkosten WC-Container, Tribünen und Kassen im Sportkomplex Neustadt"**  
**Vorlage: V/2011/09710**

---

Mehrere Mitglieder äußerten ihre Erwartung, dass sich der HFC mehr beteiligen sollte.

Herr Dr. Wiegand führte aus, dass sich die Stadt durch einen Vertrag bis Mai 2011 gebunden habe.

Herr Bielecke führte auf Nachfrage aus, dass sich die Umsetzung der Baumaßnahme im Zeitplan befinde.

**Abstimmungsergebnis:**

1 Ja-Stimme  
10 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Im Einzelplan 1, Unterabschnitt 5605, Sportkomplex Neustadt, wird die Haushaltsstelle 1.5605.532000 Mieten und Pachten für bewegliches Vermögen (Mietkosten für mobile WC-Container, Tribünen und Kassen durch Bereitstellung des Stadions für HFC-Spiele und Spiele des FC Halle-Neustadt) um 132.000 € auf 0 € verringert.

Es wurde auf die Veränderungslisten Seite 10 oben hingewiesen. Die **Sachausgabenreduzierung** wurde durch den Sportausschuss nicht in der veranschlagten Höhe beschlossen. Deshalb sei diese Position rot markiert.

Die Mitglieder wogen die Argumente ab.

**Abstimmung zum Beschluss des Sportausschusses** / der Ausschuss für Finanzen schließt sich dem Votum des Sportausschusses an:

9 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

Auf Nachfrage wurde ausgeführt, dass die Sachausgabenreduzierung des Amtes 32 die vorwiegende Anpassung an das Ist 2010 sei (siehe Seite 23 / 24 der Veränderungsblätter)

Die Frage nach der Untersetzung der geplanten Aus- und Fortbildung wird nachgereicht.

### **Antrag Sportausschuss Investition 200 T€**

Es wurde eine Diskussion bezüglich der Notwendigkeit, Finanzierbarkeit und der möglichen Genehmigung von Fördermitteln des Landes für zwei neuen Kunstrasenfußballplätze geführt.

Herr Geier führte aus, dass aus dem Budget des Dezernates III keine Deckung angeboten wurde. Er könne aus seiner Sicht zurzeit nur die geplanten Mittel für die Ausstattung des Stadthauses, z. B. für die neue Bestuhlung des Ratssitzungssaales, anbieten.

Aus den Reihen des Ausschusses erging der Hinweis, dass die Finanzierung des Daches des Reitvereins im Finanzausschuss bereits abgelehnt wurde.

Beschluss: Die eingeplanten Mittel für die Ausstattung des Stadthauses werden haushaltsneutral in Höhe von 100 T€ für einen bereits bewilligten Kunstrasenplatz umgewidmet. Die restlichen Mittel können für Stühle u. a. ausgegeben werden.

### **Abstimmung zum Beschluss:**

6 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
mehrheitlich zugestimmt

### **Dezernat IV**

**zu 3.1.11 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009, Vorlage: V/2010/09413 (zu Ausgaben der "Zuschuss an übrige Bereiche" Suchtberatungsstellen) Vorlage: V/2011/09642**

---

Herr Kogge berichtete von seinen Gesprächen mit den drei großen Trägern, die diese Leistung für die Stadt ausführen. Die Drobs und die AWO waren zu kurzfristigen Gesprächen bereit, die Diakonie konnte keinen Termin vor der heutigen Sitzung ermöglichen. Im Ergebnis konnte festgehalten werden, dass die Suchtfälle nicht gestiegen seien. Die Träger erbringen auch zusätzliche Leistungen, die nicht genau unter die Suchtberatung fallen, für die aber auch Kosten entstehen. Zu diesem Ausgleich sei die Stadt nicht verpflichtet.



Die Mitglieder betonten, dass sie an dieser Stelle keine Fachdiskussion führen möchten. Es sei nicht auszuschließen, dass es gerade aus dem Grund weniger Süchtige in Halle (Saale) gebe, weil das Geld, auf das sich der Änderungsantrag beziehe, genau für die Suchtberatungsstellen eingesetzt werde.

**Abstimmungsergebnis:**

7 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
mehrheitlich zugestimmt

**geänderter Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt, dass in der Haushaltssatzung 2011 für die Haushaltsstelle 1.4650.718000 (Suchtberatungsstellen) zu Ausgaben der „Zuschuss an übrige Bereiche“ in Höhe von ~~479.200~~ **455.000 €** eingestellt wird. ~~Der Anteil des kommunalen Zuschusses beträgt 176.000 €.~~

zu **Änderungsantrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur**  
**3.1.12 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011**  
**sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009, Vorlage: V/2010/09413**  
**(Förderung der Wohlfahrtspflege - Zuschüsse an Vereine, Verbände,**  
**SHG und Büro für Gleichstellungsfragen - Zuschüsse an übrige Be-**  
**reiche)**  
**Vorlage: V/2011/09643**

---

**Abstimmungsergebnis zum ersten Punkt - Förderung der Wohlfahrtspflege:**

1 Ja-Stimmen  
5 Nein-Stimmen  
5 Enthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

**Abstimmung zum zweiten Punkt - Büro für Gleichstellung:**

4 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen  
mehrheitlich zugestimmt

**Geänderter Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt, dass im Verwaltungshaushalt 2011 in den

- UA 4700 Förderung der Wohlfahrtspflege, Haushaltsstelle 718200 – Zuschüsse an Vereine, Verbände, SHG und
  - UA 0260 Büro für Gleichstellungsfragen, Haushaltsstelle 718000 – Zuschüsse an übrige Bereiche
- die vorgesehene 10% Reduzierung gestrichen wird.

**zu 3.1.13 Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009 Vorlage: V/2010/09413 (in Bezug auf die Prioritäten von Einrichtungen und Diensten in der Jugendhilfe der Stadt Halle (Saale) für das Jahr 2011 Vorlage: V/2011/09454**

---

Herr Kogge führte aus, dass der Beschluss des Jugendhilfeausschusses von der Verwaltung nicht übernommen wurde, weil die Jugendwerkstatt herausgenommen wurde und weniger Landesmittel erwartet werden. Die Mittel im pflichtigen Bereich wurden nicht gekürzt.

**Abstimmungsergebnis:**

4 Ja-Stimmen  
7 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Stadtverwaltung zu beauftragen, für den Unterabschnitt 4750 – Förderung der Träger der freien Jugendhilfe – den Haushaltsansatz aus dem Jahr 2010 – 2.465.600 Euro – auch als Haushaltsansatz für das Jahr 2011 entsprechend des Beschlusses des Stadtrates vom 27.10.2010 zur Verfügung zu stellen.

**zu 3.1.14 Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009, Vorlage: V/2010/09413 (Brandschutz Schulen) Vorlage: V/2011/09681**

---

Die Verwaltung wies darauf hin, dass der 1. Satz des Antrages in der Änderungsliste Seite 47 bereits verarbeitet sei.

Herr Geier betonte, dass der zweite Satz noch nicht umgesetzt wurde. In der Finanzplanung müssen die Aufgabengruppen abgewogen werden.

Herr Bielecke bestätigte den Bedarf. Zukünftig müsse auch das Bauordnungsamt kontrollieren und dazu berichten. Auch zwei Mio. würden nicht reichen. Aufgrund der Bauweise der Kindertageseinrichtungen (meist nur 1 - 2 geschossig), sei die Rettung der Kita-Kinder aus baulichen Gründen „einfacher“.

Die Mitglieder des Ausschusses berieten darüber, ob eine Art Selbstverpflichtung aufgenommen werden sollte und z. B. bei der Beratung der Investitionslisten (siehe aktueller Antrag) darauf zurückgekommen werden sollte. Die Mitglieder baten um getrennte Abstimmung

Es wurde auf den Änderungsantrag von Frau Wolff (bezüglich der Kita) siehe TOP 3.1.15 verwiesen. Ggf. sollte die Summe zwischen Schulen und Kita geteilt werden. Es müsse auf alle Fälle vermieden werden, dass ein Kita-Träger aufgrund von Brandschutzauflagen seine Genehmigung entzogen bekommt.

Herr Kogge wies wiederholt auf die noch ungeklärten rechtlichen Fragen hin.

Herr Weihrich stellte den Änderungsantrag siehe TOP 3.1.14.1.

Herr Hildebrand (Amtsleiter Schulverwaltungsamt) betonte, dass im Jahr 2011 trotz des Zeitablaufs noch 2 Mio. € Bauleistungen umzusetzen seien.

Herr Kogge und Frau Brederlow (Leiterin des Amtes für Kinder, Jugend und Familie) betonten, dass auch sie die Kindergartenkinder im Auge behalten. Kinder dürfen nicht gegeneinander abgewogen werden.

Herr Dr. Wöllenweber stellte den unter dem TOP 4.1.14.2 eingestellten Änderungsantrag.

Der so geänderte (in beiden Sätzen) Änderungsantrag von Herrn Schachtschneider wurde auf Bitte der Ausschusmitglieder getrennt abgestimmt.

#### **Abstimmungsergebnis Satz 1:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

#### **Abstimmungsergebnis Satz 1:**

5 Ja-Stimmen  
5 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
abgelehnt

#### **Geänderter Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt, dass im Vermögenshaushalt 2011

- die Mittel aus dem UA 8400, Gruppierung 930100 – Kapitalerhöhung MMZ –  
➔ ~~In den EP 2 – Schulen~~

zur Finanzierung von Brandschutzmaßnahmen **je nach Priorität in Schulen und Kindertagesstätten** umgesetzt werden.

Durch die Verwaltung ist für folgende Vermögenshaushalte sicherzustellen, dass mindestens jeweils zwei Mio. € pro Jahr für Brandschutzmaßnahmen an Schulen **und Kindereinrichtungen** in die Vermögenshaushalte/den Finanzplan eingestellt werden.

zu **3.1.14.1 Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Weihrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie participationsbericht über das Jahr 2009, Vorlage: V/2010/09413 (Vorlagen-Nr.: V/2011/09681) Vorlage: V/2011/09714**

---

Diskussion siehe TOP 3.1.14.

**Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt, dass im Vermögenshaushalt 2011

- die Mittel aus dem UA 8400, Gruppierung 930100 – Kapitalerhöhung MMZ –
- ~~In den EP 2 – Schulen~~

zur Finanzierung von Brandschutzmaßnahmen **je nach Priorität in Schulen und Kindertagesstätten** umgesetzt werden. Durch die Verwaltung ist für folgende Vermögenshaushalte sicherzustellen, dass mindestens jeweils zwei Mio. € pro Jahr für Brandschutzmaßnahmen an Schulen in die Vermögenshaushalte/den Finanzplan eingestellt werden.

zu **Änderungsantrag von Herrn Dr. Wöllenweber, FDP-Fraktion, zum Änderungsantrag des Stadtrates Andreas Schachtschneider (CDU) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie participationsbericht über das Jahr 2009, Vorlage: V/2010/09413 (Vorlagen-Nr.: V/2011/09681) Vorlage: V/2011/09713**

---

Diskussion siehe TOP 3.1.14.

**Abstimmungsergebnis:**

5 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
6 Enthaltungen

**Beschlussvorschlag:**

Satz 1 bleibt unverändert.

Satz 2 erhält folgende Fassung:

Durch die Verwaltung ist für folgende Vermögenshaushalte sicherzustellen, dass mindestens jeweils zwei Mio. € pro Jahr für Brandschutzmaßnahmen an Schulen **und Kindereinrichtungen** eingestellt werden.

**zu 3.1.15 Änderungsantrag der Stadträtin Frau Sabine Wolff (NEUES FORUM) und Frau Helga Schubert (Freier Träger der Jugendhilfe) zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Bericht über das Jahr 2009 (V/2010/09413) (Flucht- und Rettungswege der Kindertageseinrichtungen)  
Vorlage: V/2011/09589**

---

**Abstimmungsergebnis:**

0 Ja-Stimmen  
5 Nein-Stimmen  
einstimmig abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften empfiehlt:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen für die Sanierung der Flucht- und Rettungswege der Kindertageseinrichtungen sicherzustellen.
2. Die Summe von 1,5 Mio. € wird im Vermögenshaushalt des Haushaltsentwurfes 2011 eingestellt. Eine Zuordnung der Haushaltsstelle wäre im Unterabschnitt 2.4640. möglich.

(20:45 Frau Nagel verließ die Sitzung)

Vermerk auf Seite 10 der Veränderungslisten zu **Mehreinnahmen durch Vereinsnutzung von Schulturnhallen**

Herr Geier wies darauf hin, dass die ursprünglich geplanten Einnahmen im Höhe von 900 T€ aufgrund des Jahresfortschrittes auf 500 T € reduziert wurden.

**Abstimmung zur Position Mehreinnahmen Schulturnhallen**

2 Ja-Stimmen  
8 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

**Vermerk auf Seite 10 der Veränderungslisten betreffend die Zuschüsse an freie Träger (Eigenanteilserhöhung auf 3 %)**

**Abstimmung zur Position Zuschüsse an freie Träger**

2 Ja-Stimmen  
7 Nein - Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
mehrheitlich abgelehnt

## Dezernat V

zu **Änderungsantrag des Stadtrates Lothar Dieringer (CDU) zur Beschlussvorlage - Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 - Vorlage-Nr.: V/2010/09413 (Wirtschaftsförderung - Absicherung eines gleichbleibenden Sachmittelbudgets über einen Zeitraum von 3 Jahren)**  
Vorlage: V/2011/09570

---

Herr Geier führte aus, dass der im Änderungsantrag gewünschte Mittelansatz von der Verwaltung in der beantragten Höhe übernommen wurde. Der Beschluss über die Absicherung des Haushaltsansatzes über einen Zeitraum von 3 Jahren sei jedoch rechtlich unwirksam.

### Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

### Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird zur Gewährleistung der Handlungsfähigkeit der Wirtschaftsförderung beauftragt,

1. abzusichern, dass über einen Zeitraum von 3 Jahren ein gleichbleibendes Sachmittelbudget (HH Ansatz 2011 660 T€) im Haushaltsplanentwurf eingestellt wird,
2. abzusichern, dass die Wirtschaftsförderung im Rahmen einer vorläufigen Haushaltsführung trotz ihrer Einordnung als „Freiwillige Aufgabe“ über einen angemessenen Teil des im Haushaltsplanentwurfes Einklang gefundenen Betrages pauschal verfügen kann.

### Sachausgabenreduzierung (einschließlich Mietauskehr)

In der Sitzung am 5.4.2010 wurde eine Sachausgabenreduzierung (einschließlich Mietauskehr) in Höhe von 120 T€ besprochen.

Diese Mittel wurden in Höhe von 100 T€ für die Erhaltung der Änderungsanträge zum Baumbestand eingesetzt. Die verbleibenden 20 T € sowie eine zusätzliche Mieteinnahme in dem Unterabschnitt 8810 in Höhe von 30 T€ (Gerichtsverfahren Garageneigentümer) sollen nach Vorschlag der Verwaltung als erhöhter Zuschuss für die Eissporthalle eingesetzt werden.

Dieser Beitrag der Stadt Halle (Saale) sei ein gutes Zeichen für die Sponsoren.

### Abstimmung des Vorschlages zur Deckung des erhöhten Zuschusses für die Eissporthalle:

5 Ja-Stimmen  
2 Nein- Stimmen

3 Enthaltungen  
mehrheitlich zugestimmt

Die Veränderungen gebäudewirtschaftlicher Leistungen einschließlich Betriebskostenabrechnung 2009 sowie haushaltsneutrale Veränderungen der Umsatzsteuer wurden ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wurde gebeten, die Änderungsblätter und das Blatt Abbau Altdefizit allen Mitgliedern des Rates und den Fraktionen bis zum 18.04.2011 zur Verfügung zu stellen. Die Fraktionen regten untereinander an, ggf. weitere Änderungsanträge aufgrund der Osterfeiertage auch bis zum 18.04.2011 zu stellen.

**Abschlussbeschluss - Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt unter Berücksichtigung der Veränderungen aus den Ausschüssen die Haushaltssatzung 2011, den Haushaltsplan 2011 und das Haushaltskonsolidierungskonzept.
2. Der Stadtrat hat den Beteiligungsbericht 2009 zur Kenntnis genommen.

**Ergebnis:**

Vertagung in die Sitzung am 19.04.2011

**zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

**zu 5 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

**zu 6 Mitteilungen**

---

**zu 7 mündliche Anfragen**

---

**zu 8 Anregungen**

---

Zu den Tagesordnungspunkten 6 - 8 wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender des  
Ausschusses

Egbert Geier  
Beigeordneter  
Finanzen und Personal

Martina Beßler  
Protokollführerin